

Contra: «Dieser Salomitaktik muss der Riegel geschoben werden»

Die Verrechnungssteuer ist eine sogenannte Sicherungssteuer, die Steuerhinterziehung verhindern soll. Wer seine Einnahmen korrekt deklariert und versteuert, bekommt die Verrechnungssteuer zurück-erstattet. Mit diesem simplen und bewährten Anreizsystem wird die Steuerehrlichkeit gefördert. Nun soll die Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen abgeschafft werden. Damit wird der Zweck dieser Sicherungssteuer ausgehebelt. Für jene, die Erträge und Vermögensteile nicht oder unvollständig deklarieren, entsteht ein neues Steuer-schlupfloch. Das ist ein Freipass für Steuerhinterzieher. Am Schluss bezahlen die ehrlichen Steuerpflichtigen.

Einmalig kostet das Ganze mehr als eine Milliarde Franken, jährlich wiederkehrend im aktuellen Tiefzinsumfeld 215

bis 275 Millionen Franken. Bei einem Zinsniveau von drei bis vier Prozent dürften die Steuerausfälle 600 bis 800 Millionen Franken betragen. Davon sind auch die Kantone betroffen, weil sie zehn Prozent der Verrechnungssteuererträge erhalten. Es ist unverständlich, dass der Bund auf diese Steuereinnahmen verzichten will; in einer Zeit, in der die Kaufkraft der Haushalte sinkt und immer mehr Menschen den Gürtel enger schnallen müssen.

Mit der geplanten Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen würde die Kapitalbeschaffung von rund 200 Konzernen privilegiert. KMU finanzieren sich nämlich nicht über die Ausgabe von Obligationen. Nachdem die Schweizer Bevölkerung die Stempelsteuer-Vorlage im Februar deutlich ablehnte, soll nun schon wieder

eine kleine Minderheit von 0,03 Prozent der Unternehmen Sonderrechte erhalten.

Während die Verrechnungssteuer auf den Sparkonti der Bevölkerung bestehen bleibt, ziehen sich Grossanleger steuerfrei aus der Affäre. Viel Geld fliesst direkt an Anleger ins Ausland ab. Mit immer neuen Vorlagen soll erreicht werden, dass Profiteure der Finanzindustrie und Konzerne weniger Steuern bezahlen müssen. Dieser Salomitaktik muss ein Riegel geschoben werden.



Prisca Birrer-Heimo
Nationalrätin (SP/LU)